

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Buchhandlung des Verlegers entgegen. — Druckerei: Auer-Druckerei, Steinweg 11, Auer, Nr. 33.

Postamt: Auer, Nr. 1000. Postfach: Auer, Nr. 1000.

Enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach: Auer, Nr. 1000.

Nr. 260

Freitag, den 7. November 1924

19. Jahrgang

### Coolidges Wahltag.

New York, 5. November. Coolidge errang einen überwältigenden Sieg. Vorläufig hat er 322 Wahlmännerstimmen, also erheblich mehr als die absolute Mehrheit von 269 auf sich vereinigt und diese Mehrheit dürfte sich bei Eingang aller Resultate noch erheblich vergrößern. Die Wahl zeigt, daß es sich im Grunde um den traditionellen Kampf der beiden alten Parteien handelt. La Follette konnte nur in Wisconsin einen Erfolg erringen. Bis her stehen noch 47 Wahlmänner aus, die in den Staaten Arizona, Missouri, Montana, New Jersey, West-Virginia und Washington gewählt werden. Diese Staaten hatten sämtlich eine republikanische Mehrheit bei den letzten Präsidentschaftswahlen. Eine Mehrheit für Davis besteht in den alten Hochburgen der Demokratie Alabama, Arkansas, Florida, Georgia, Kentucky, Louisiana, Mississippi, Nordkarolina, Oklahoma, Südkarolina, Texas und Virginia. La Follette konnte nur etwas über 1 Million Stimmen auf sich vereinigen, während es Roosevelt im Jahre 1912 gelungen war, 4 Millionen Stimmen zu erlangen.

Washington, 5. Nov. Nach den letzten Schätzungen ist der Präsident Coolidge mit einer absoluten Majorität von rund 5 Millionen Einzelstimmen gewählt worden. General Dawes wird durch seine Wahl zum Vizepräsidenten zugleich Senatpräsident werden.

Nach allen bisher vorliegenden Meldungen über den Verlauf der Wahlkämpfe für den Kongress ist auch die republikanische Mehrheit im Senat und im Abgeordnetenhaus gesichert. Die Wahl ist also nicht nur ein großer persönlicher Erfolg des Präsidenten Coolidge, sondern auch zugleich ein Riesenerfolg für die schon so oft totgesagte U. D. P. (Grand Old Party), die nach dem Zerfall eines schweren Stand gegen die Demokraten hatte.

New York, 5. November. Einige Blätter geben als Endergebnis der Wahlen folgende Zahlen an: Coolidge 379, Davis 139 und La Follette 13 Wahlmänner.

Die Wahl von Coolidge ist in erster Linie ein Zeichen, daß die Bevölkerung der Vereinigten Staaten mit der bisherigen Regierung nicht unzufrieden ist. Die große Mehrheit verlangt vor allen Dingen Ruhe und Ordnung und sieht nicht ein, weshalb man die bisherigen Bahnen verlassen soll, die dahin geführt haben, daß doch schon manche Nachkriegswehen überwunden sind und eine Aussicht auf weitere Besserung der wirtschaftlichen Lage erblickt. Coolidge hatte es verstanden, das Land aus seiner ursprünglichen Isolation herauszuführen, ihm seinen Anteil an der Regelung der europäischen Verhältnisse zu sichern und dabei doch jede lästige Bindung zu vermeiden. Ein guter Wahlkämpfer war für ihn zweifellos der Vizepräsidentenstandidat General Dawes, der durch seinen Plan zur Lösung der Reparationsfrage so viel für die Entwirrung der europäischen Schwierigkeiten getan hat. Gewiß ist der Dawes-Plan eine Privatarbeit seines Urhebers, sein Erfolg hat aber zweifellos dazu beigetragen, die Anziehungskraft der republikanischen Liste zu erhöhen.

Wahrend für den Entschluß der amerikanischen Wählerchaft, Coolidge ihre Stimme zu geben, war in hohem Maße auch der Wunsch, die Abmung der Aktionfähigkeit der amerikanischen Regierung zu vermeiden, die unausbleiblich gewesen wäre, wenn die Wahl zu einem Präsidentenwechsel geführt hätte. Denn der neue Präsident tritt erst im Februar nächsten Jahres sein Amt an, und bis dahin hätte der gegenwärtige Präsident keine irgendwie entscheidenden Beschlüsse mehr fassen können, da er das Land nicht hinter sich hätte. In den außenpolitischen so wichtigen Monaten wäre also Amerika praktisch aus der internationalen Politik ausgeschlossen. Das ist der Grund, der zweifellos viele Amerikaner veranlaßt hat, für Coolidge zu stimmen. Auch vom deutschen Standpunkte aus ist die Wahl Coolidges unter diesem Gesichtspunkt zu begrüßen, denn ein großer Teil unserer außenpolitischen Arbeit ist ja darauf zurückzuführen, daß Amerika sich nach der Niederlage Wilsons vollständig von den europäischen Dingen zurückgezogen hatte. Präsident Coolidge hat vor den Wahlen versprochen, daß er nach seiner Wiederwahl energischer als bisher in die internationale Politik eingreifen werde.

Das außenpolitische Programm Coolidges, an dessen Verwirklichung er jetzt, gestützt auf seinen großen Wahlerfolg, mit besonderer Autorität herangehen kann, entspricht in seinen wesentlichen Zügen durchaus den deutschen Interessen. Coolidge lehnt zwar den Beitritt zum Völkerbund ab, weil die Bindungen, die das Völkerbundsstatut vorlegt, den Amerikanern unpopulär sind. Amerika will möglichst freie Hand behalten und sich nur soweit in die europäischen Dinge mischen, als seine eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen dadurch berührt werden. Da diese aber in der letzten Zeit immer enger mit Europa verflochten worden sind, wird Amerika in der Praxis doch sehr stark an der So-

littät Europas teilnehmen müssen. Im übrigen aber ist Coolidge durchaus bereit, ein internationales Schiedsgericht anzuerkennen, internationale Abrüstungskonferenzen zu begünstigen und Abmachungen einzugehen, die Angriffskriege für unrechtmäßig erklären.

Das Weiße Haus wird überschwemmt mit Wünschen, die bei Präsident Coolidge einlaufen. Präsident Coolidge hat der Presse eine Erklärung abgegeben, in der er unter anderem ausführte, daß er von dem Vertrauen, das das amerikanische Volk in ihn gesetzt habe, geradezu überwältigt sei und daß er sein Meubeststes tun würde, sich dieses Vertrauens würdig zu erweisen. Nach einer persönlichen Äußerung des Präsidenten Coolidge wird dieser das alte Kabinett beibehalten. Umbesetzungen von Ministern werden voraussichtlich nur in den unteren Stellen eintreten.

Angesichts der gesicherten Wiederwahl des Präsidenten Coolidge wird seitens des Weißen Hauses noch einmal mit Nachdruck auf die Grundlinien der auswärtigen Politik unter der Verwaltung Coolidges hingewiesen, als welche in der Hauptsache zu gelten haben:

Bekämpfung eines Weltfriedensgerichtshofes, begrenzte Teilnahme an internationalen Konferenzen, sofern Amerikas Lebensinteressen auf dem Spiele stehen, allgemeine Abrüstungen, Hilfe für den Wiederaufbau Deutschlands, Einforderung der Schulden von den ausländischen Gläubigern Amerikas und als Kardinalpunkt die Verweigerung zum Völkerbund getreu den Traditionen der amerikanischen Politik des „Sich fernhalten“.

Störungsversuche bei der Wahl.

Ueber New York wird in der Nacht gemeldet, daß bisher sechs Totischläge während der Wahl vorgekommen sind. So wurden in Lexington (im Staate Tennessee) zwei Wahlmänner erschossen und einer verletzt. Auch in Chicago wurde ein Wähler erschossen und zwei verletzt. In mehreren Orten Louisianas mußten Truppen zum Armentchutz aufgerufen werden. In Chicago waren nicht weniger als 4500 Polizisten zur Aufrechterhaltung der Ordnung herangezogen worden, und es ist zu verwundern, daß trotzdem zwei Wähler verunndet und einer getötet wurde. Zwischen zwei vollbesetzten Motorlastwagen entspann sich ein Kampf, wobei sieben Rebolberbeiden verhaftet wurden. In Niles in Ohio gerbrach die Menge die Urnen und verbrannte sie, bevor die Polizei eingreifen konnte. Die anrückende Milch wurde mit Steinen beworfen, wobei ein Soldat schwer verletzt wurde.

Dawes und La Follette über das Ergebnis.

New York, 5. Nov. Die „United Press“ hat sofort nach Bekanntgabe eines Teiles der Resultate versucht, von den führenden Persönlichkeiten Erklärungen über die geschaffene Lage zu erhalten.

General Dawes antwortete in seiner bekannten knappen und drastischen Form: „Es sieht wie eine republikanische Ueberbeschleunigung aus.“ Damit war sein Kommentar erledigt.

Senator La Follette, der durch die bisherigen Resultate nicht entmutigt ist, sagte: „Man kann sich über die neue radikale Bewegung gar nicht optimistisch genug äußern.“

Das demokratische Hauptquartier erklärte, daß es sich noch nicht geschlagen gebe, bevor die Resultate aus sämtlichen Staaten vorlägen, die immer noch einen Umschwung der Verhältnisse herbeiführen könnten. Die Demokraten spielen hier auf den Sieg Wilsons im Jahre 1912 an, der auch durch die Staaten an der pazifischen Küste zu ihren Gunsten entschieden wurde, nachdem die Republikaner schon glauben, triumphieren zu können.

### Politische Rundschau.

#### Gewerkschaftsansturm gegen die Preise.

Berlin, 5. Nov. In der gestrigen Gewerkschaftsversammlung wurde mitgeteilt, daß mit den geringen Steuerherabsetzungen abermals die Bergbilligungskaktion der Regierung erschöpft sei. Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung würden nach Mitteilungen aus dem Reichskabinett zur Zeit nicht erwogen. Die Mitteilung erregte in der Gewerkschaftslage einen Sturm der Unzufriedenheit. Beauftragte der Gewerkschaften begaben sich Dienstag erneut zum Reichskanzler, um die Regierung auf die ernststen Folgen aufmerksam zu machen, falls die Teuerungswelle sich weiter ungehemmt fortsetzt. Seit Montag haben in Großberlin fast alle Preise bis zu 15 Prozent erneut angezogen.

Die Bahnbewegung in Rheinland-Westfalen. Essen, 5. Nov. Heute vormittag trat die Konferenz der Bahnkommission und der Geschäftsführer der freien und der christlichen Gewerkschaften des Gemeinde- und Staatsarbeiters für Rheinland und Westfalen zusammen. Das Abstimmungsresultat für den Bezirk hat 90 Prozent für den Streik ergeben. Auf Grund dieses Abstimmungsresultates hat der Reichskommissar für heute nachmittag erneut Verhandlungen in Dortmund angefangen, deren Ergebnis man von weiterer Beschlußfassung abwarten will.

Berlin, 6. November. Zwischen der Direktion der Reichsbahn-V.G. und Vertretern der Beamten wurden gestern Verhandlungen über die Personalordnung geführt, die eine Annäherung der beiden Parteien brachten. Die Besprechungen sind auf heute vormittag vertagt worden.

Berlin, 6. November. Im Lohnkonflikt im Buchdruckergewerbe hat eine Reihe von Firmen die Forderungen der Gehilfen bewilligt. Die übrigen Firmen haben sich bereit erklärt, das Ergebnis einer Einigung von vornherein anzuerkennen. Nur 8 Firmen haben die Forderungen rundweg abgelehnt. Man erwartet eine friedliche Lösung des Konfliktes. In Leipzig sollen in 148 Betrieben die Lohnforderungen abgelehnt worden sein. Darauf sei in diesen Betrieben dem Personal gekündigt worden.

#### Kontrollzwischenfall in Ingolstadt.

München, 5. November. Die Korrespondenz Hofmann meldet halbdämlich:

Bei einer Kontrolle der verbandswirtschaftlichen Kontrollkommission in der Waffenmeisterei Ingolstadt vom 5. November 1924 kam es bei der Abfahrt der Kontrollkommission zu einem Zwischenfall. Eine erregte Volksmenge drängte an der Donaubrücke unter Drohrufen an einen Kraftwagen heran, ohne daß dies von der Polizei hätte verhindert werden können. Nach vorläufigen Berichten wurden zwei der Offiziere verhaftet. Die bayrische Staatsregierung hat sofort strenge Untersuchung eingeschleht. Der an Ort und Stelle befindende Polizeibeamte ist vorläufig vom Dienste entbunden worden.

5000 Deutsche am Allerheiligentage auf französischem Boden.

Berlin, 5. Nov. Nach Mitteilungen aus Straßburg haben zum Besuch der Gräber in Esch-Lothringen etwa 5000 Deutsche gewellt. Der größte Teil ist von der badischen Seite nach dem Esch gekommen. etwa 2000 Deutsche wurden in Lothringen gestift.

#### Oesterreich vor einem Eisenbahnerstreik.

Wien, 5. Nov. Die Lohnverhandlungen der Eisenbahner sind in ein kritisches Stadium eingetreten, so daß die Anwendung der angebotenen scharfsten gesellschaftlichen Mittel für den 7. November zur Durchsetzung der Forderungen im Bereiche der Möglichkeit liegt.

#### Eine Wahlrede des Kanzlers.

Münster, 4. Nov. Vor einer stark besuchten Versammlung beantwortete der Reichskanzler die Frage, ob die Auflösung des Reichstages notwendig war, bejahend. Er wies dabei besonders auf außenpolitische Gründe hin, und betonte, daß die Hinzuziehung deutschnationaler Mitglieder zu der Regierung das bisher mühsam bekämpfte Vertrauen des Auslandes von neuem erweckt hätte. Mit aller Entschiedenheit wies dann der Kanzler die Behauptung zurück, der Reichspräsident habe auf die Auflösung des Reichstages hingearbeitet. Der Reichspräsident habe in keiner Weise die Schritte der Verantwortung für die Politik allein tragenden Kanzlers zu beeinflussen versucht. In außenpolitischer Hinsicht müsse der einmal eingeschlagene Weg konsequent weiter verfolgt und an dem Gedanken der Verständigungspolitik festgehalten werden. Den Weg zur Freiheit, so sagte der Kanzler, müssen wir uns durch Arbeit und besonnene Haltung in ruhiger, fähiger Beurteilung der wirklichen Sachlage erkämpfen. Wir müssen den Weg zur wirtschaftlichen Befundung weiter verfolgen, der durch den Londoner Vertrag und die Dawes-Gesetze eröffnet ist. Ob wir die dem deutschen Volke auferlegten Lasten in vollem Umfange tragen können, wird die Zukunft lehren. Die Pflicht verlangt von uns, das Reich zu erhalten und endlich den Willen zu bekunden, unseren Verpflichtungen nach besten Kräften nachzukommen. Das ist zurzeit die einzige Politik, die uns Luft schafft und uns die Möglichkeit gibt, unsere berrätete Wirtschaft allmählich wieder aufzurichten. Den Kanzler verwarf schließlich die rein negative Kritik der Gegner dieser Politik und betonte die ernste Pflicht, mit aller Entschiedenheit sich auf den Boden der Verfassung zu stellen und jede ungesetzliche, namentlich gewaltsame Aenderung der Verfassung nach Kräften zu bekämpfen. Die Ausführungen des Kanzlers fanden wiederholt und besonders am Schluß lebhaften Beifall.

ng  
erster Januar  
8 Uhr  
nd das  
tmacht  
der Gegenwart,  
Eintritt frei!  
ater  
erstag  
r Vorführung:  
piel  
h...  
ell.  
ner Einleitung  
se.  
Semler.  
sind Berliner  
nen ein guter  
tsloser.  
unkosten  
eise. —  
und 1/9 Uhr.  
tral.  
nder  
htfest.  
ische Buch,  
be.  
erm. Breitschnelber.  
ng!  
1924 im Bürger  
des Invaliden  
abgestempelt  
ittig.  
Invalidenbundes.  
adner.  
inen!  
die  
umann  
g  
maschinen  
erziehen zu  
Preisen.  
der  
stets am  
Lager  
schienen. —  
r, Aue,  
Telefon 641.  
—  
rasche  
utter  
per Nachnahme  
(Schleswig.)